

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Bargeld bleibt gedruckte Freiheit**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung setzt sich auf allen politischen Ebenen gegen aktuelle und zukünftige Bestrebungen zur Einschränkung des Bargeldes als Zahlungsmittel ein.

#### **Begründung:**

Neue Vorstöße von Regierungen und Banken deuten darauf hin, dass es langfristig zu einer Bargeldabschaffung kommen soll. Aktuell hat die Bundesregierung eine Obergrenze zur Bezahlung mit Bargeld ins Gespräch gebracht. Demnach soll notfalls im Alleingang ohne Regelung auf EU-Ebene eine Obergrenze von 5.000 Euro gelten. Die Begründung, damit Terrorismus bekämpfen zu können, ist nicht stichhaltig. Das sieht auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann so: Ob mit einem Verbot von größeren Bargeldtransaktionen illegale Aktivitäten unterbunden würden, wäre eine offene Frage, sagte er.

Mit ihrem Vorstoß setzt sich die Bundesregierung auch bei diesem Thema über die Köpfe der Bürger hinweg: eine große Mehrheit will das Bargeld behalten. Deutschlands oberster Verbraucherschützer Klaus Müller von der Verbraucherzentrale Bundesverband sieht den Datenschutz in Gefahr: „Bargeld ist gelebter Datenschutz. Und der darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“ Auch die EU hätte Zeitungsberichten zu Folge über das Thema diskutiert, eine Entscheidung zur Reglementierung aber verworfen. Es gebe ihrer Meinung nach im Kampf gegen die Terrorfinanzierung effizientere Möglichkeiten.

Weitere Einschränkungen der persönlichen Freiheit der Bürger sind zu verhindern. Dazu müssen alle relevanten Akteure ihre Initiativen und Aktivitäten entfalten - und dazu zählt auch ein Tätigwerden der Landesregierung.

Dr. Alexander Gauland  
für die AfD-Fraktion